

Aufbruch in die Soziale Moderne: Auftakt, Rückschlag, Ausblick

von Thorsten Schäfer-Gümbel



Die Hessen-SPD konnte 210.000 Wählerinnen gegenüber der letzten Landtagswahl hinzugewinnen. Das entspricht einem Plus von 7,6 Prozentpunkten. Seit dem Jahr 2001 war dies – neben dem Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz – der einzige Zuwachs bei einer Landtagswahl für die Sozialdemokratie. Mit 36,7 Prozent lag die SPD auch über dem hessischen Ergebnis der vergangenen Bundestagswahl. Die SPD konnte Stimmen aus allen Lagern gewinnen: 90.000 Stimmen Nettogewinn von der CDU, 66.000 Stimmen von den Grünen, dazu konnten 68.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager mobilisiert werden. Der Hessen-SPD ist es gelungen, insbesondere junge Frauen (46,7 Prozent) anzusprechen; es gelang ihr wie seit Jahren nicht mehr, junge Menschen zu überzeugen. Auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie bei Arbeitslosen schnitt die SPD überdurchschnittlich ab. Insbesondere bei Selbständigen und Beamten lag die SPD weit vorn. Die hessische SPD hat mit ihrem klaren Wahlprogramm damit in der Mitte der Gesellschaft überzeugt.



Die so genannte Linkspartei hat dank des klaren Profils der Hessen-SPD schlechter abgeschnitten als in den anderen westlichen Bundesländern. Sie wäre an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, wenn sie nicht durch die CDU-Hetzkampagne in den Mittelpunkt der Schlussphase des Wahlkampfes gerückt worden wäre.



Foto: www.fotolia.de, © Saskia Döring



Aufbruch in die Soziale Moderne ist die Botschaft, mit der die hessische SPD den Landtagswahlkampf 2008 bestritten hat. Die Soziale Moderne steht dabei für die Verbindung aus Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit: Die konsequente Benennung politischer, sozialer, ökologischer und ökonomischer Herausforderungen und möglicher Lösungsstrategien hat sich als tragfähig erwiesen. Der von vielen unerwartete Wahlerfolg am 27. Januar 2008 unterstreicht eindrucksvoll, dass man Wahlen mit dem Thema Gerechtigkeit gewinnen kann. Dabei war der Wahlkampf keinesfalls populistisch, anders wäre der Erfolg nicht begründbar. Der Erfolg wird nämlich erst erkennbar, wenn man sich die Wahlanalysen genauer anschaut.

□ Auftakt

Mit der Entscheidung über die Spitzenkandidatur der Hessen-SPD im Dezember 2006 hat das Projekt Soziale Moderne begonnen. Im Zentrum des Aufbruchs stand eine konsequente inhaltliche Profilierung, die sich an den Themen soziale Gerechtigkeit, bessere Bildung, gebührenfreie Hochschulen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, erneuerbare Energien, gute Arbeit, Mindestlohn und der Ankündigung, das Tarifdiktat im Öffentlichen Dienst zu beenden, ausrichtete. Genau diese inhaltliche Profilierung, die durch die Berufung von Dr. Hermann Scheer (Präsident Eurosolar) und Rainer

Domisch (Education Board Finnland) in das Zukunftsteam unterlegt wurden, haben eine besondere Dynamik bei der thematischen Ausrichtung bewirkt. Die Akzentuierung auf die inhaltlichen Gegensätze zwischen SPD und CDU hat zu einer im Ländervergleich deutlich höheren Wahlbeteiligung in Hessen geführt. Ein Großteil unserer Wählerinnen und Wähler sind nach dem Debakel beim Urnengang im Jahr 2003 an die Urnen zurückgekehrt. Dieser Erfolg beruht eben nicht auf einer guten Wahlwerbung allein. Ursächlich für diesen Erfolg in Hessen sind zwei Grundfaktoren: Erstens basiert die inhaltliche Ausrichtung auf dem Ergebnis jahrelanger politischer Arbeit und der Stabilisierung ihrer gesellschaftlichen Fundamente: Gewerkschaften, Betriebsräte, Schüler-, Lehrer- und Elternverbände konnten zurück gewonnen werden. Mit unserem engagierten Energieprogramm ist es uns gelungen, neue, zukunftsorientierte Themenfelder zu besetzen. Ohne diesen Prozess der inhaltlichen Neuaufstellung und der Rückgewinnung der Meinungsführerschaft in vielen Themenfeldern wäre es nicht möglich gewesen, neue Wählerschichten zu erschließen und von Roland Koch enttäuschte Wählerinnen und Wähler so zahlreich an die SPD zu binden.

» Zweiteils baut dieser Erfolg auf dem Miteinander von Landes- und Bundespartei auf. Die Neujustierung der Agenda-Politik unter Kurt Beck und die Beschlüsse des Hamburger Parteitags sind eine wesentliche Voraussetzung dafür gewesen, dass gemeinsam und nicht in Abgrenzung zur Bundes-SPD gearbeitet werden konnte. Ohne dieses Fundament wäre es nahezu unmöglich geworden. Gerade Kurt Beck hat mit seinem intensiven Einsatz in Hessen diese Zusammenarbeit untermauert.

Die Hessen-SPD hat mit der Ausrichtung und dem Erfolg der Landtagswahl lange verloren geglaubtes Terrain zurückerobert und damit der Volkspartei SPD ein Stück Zukunftsfähigkeit zurückgegeben. Und deshalb weisen die Erfahrungen über Hessen hinaus: Mit dem Thema Gerechtigkeit erreichen wir die solidarische Mehrheit der

Gesellschaft! Soziale Gerechtigkeit ist und bleibt das Kernthema der Sozialdemokratie. Mit dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, bessere Bildung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erneuerbare Energien wurde unterstrichen, wie die Sozialdemokratie über die Ergebnisse der Großen Koalition auf Bundesebene hinaus Erfolg versprechend Themen setzen kann.

» Gerade im Bundestagswahlkampf 2009 wird die zentrale strategische Entscheidung darin bestehen, glaubwürdig diese Themen zu besetzen und als Einheit zu verstehen. Mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitags wurde eine wichtige Grundlage für den Wahlerfolg in Hessen gelegt. Die Beschlüsse sind auch eine gute Grundlage für einen Erfolg bei der Bundestagswahl 2009. Deshalb ist die Bundespartei aufgefordert, mit einem klaren, unverwechselbaren sozialdemokratischen Profil die Bundestagswahl vorzubereiten. Die SPD ist und bleibt die linke Volkspartei.

Ausgehend von diesen Grundbedingungen haben die drei zentralen Wahlkampfversprechen aus inhaltlicher Erneuerung für das Land (Soziale Moderne), dem Ende des Systems Koch (Koch muss weg) und einem Stopp-Schild für den Durchmarsch der Linken als neuer politischen Konkurrenz die Wählerinnen und Wähler im Grund überzeugt. Anders ist der Wahlerfolg der Hessen-SPD nicht erklärbar. Aber offensichtlich hat es nicht ganz gereicht, die Wählerinnen und Wähler haben mit 5,1 Prozent Die Linke gewählt. Die besondere Verantwortung dafür haben sowohl Roland Koch als auch Wolfgang Clement.

□ Rückschlag

Nach dem komplizierten Wahlergebnis hat die Hessen-SPD bei allen inhaltlichen Schwierigkeiten auf eine Ampelkoalition gesetzt. Die Haltung der FDP trotz zahlreicher Gesprächsangebote eine inhaltliche Diskussion über Hessens Zukunft beharrlich zu verweigern, war und ist ein besonderes demokratisches Lehrstück. Staatspolitische

Verantwortung sieht sicher anders aus. Allerdings wären die Gespräche mit der FDP noch lange nicht beendet gewesen. Die Debatte um den Umgang mit der Linkspartei, die vor der Hamburgwahl durch das Hintergrundgespräch von Kurt Beck ausgelöst, aber von Steinbrück, Kahrs und Co. konsequent eskaliert wurde, haben die taktischen Möglichkeiten der Hessen-SPD zerstört. Es gab Szenarien, die von einer längeren Übergangszeit mit einer geschäftsführenden Landesregierung Koch ausgingen, diese waren aber angesichts der neuen Politiklage insbesondere in der Hauptstadt nicht mehr gangbar. Die FDP konnte sich nur noch verweigern.



Sämtliche Politikstrukturen in der Bundes-SPD waren in dieser Phase nicht handlungsfähig. Im Gegenteil, sie wurden genutzt oder missbraucht, um eine Debatte um die Kanzlerkandidatur zu eröffnen. Ohne Rücksicht auf Verluste tobten sich tagelang führende Sozialdemokraten am Parteivorsitzenden und der Hessen-SPD aus. Kein Ordnungsruf, wenn es einen gab, wurde zur Kenntnis genommen. Hessen wurde binnen weniger Stunden zum Experimentierfeld für mögliche neue politische Konstellationen, die nach dem hessischen Fahrplan überhaupt nicht zur Debatte standen.



In dieser Phase verweigerte sich die FDP endgültig und eine Kooperation mit der CDU war und ist nach der Bad Wildunger Erklärung völlig unmöglich. Auch nach Sondierungsgesprächen mit der CDU waren die inhaltlichen und personellen Hürden für die Bildung einer Großen Koalition unüberbrückbar. Allein aus diesem Grund hat die Hessen-SPD die Möglichkeit zur Bildung einer Minderheitsregierung geprüft. Sie war zu diesem Zeitpunkt alternativlos. Es kann nicht sein, dass in einem Fünf-Parteien-Parlament bei Verweigerungshaltung der FDP nur eine Große Koalition zu einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung führen kann. Die SPD muss aus dem Ghetto der Großen Koalition ausbrechen, dass es dafür gesellschaftliche Mehrheiten gibt, hat Hessen am 27. Januar bewiesen.

Als nach den Entscheidungen der Fraktion und des Landesvorstandes eine Abgeordnete, die sich im Urlaub befand, erklärte, sich diesem Weg nicht anzuschließen, hat Andrea Ypsilanti folgerichtig erklärt, dass sie am 5. April nicht als Ministerpräsidentin im Hessischen Landtag kandidiert.

□ Ausblick

Die Hessen-SPD ist nach den Ereignissen und dem Rückschlag in einer sehr schwierigen Lage. Sie steht weiterhin in der Pflicht, einen Politikwechsel in Hessen einzuleiten. Das bedeutet insbesondere eine bessere und gerechtere Bildungspolitik, die Abschaffung der Studiengebühren, Einleitung der Energiewende, mehr Prävention und eine bessere personelle Ausstattung von Polizei und Justiz, Umsetzung von „Guter Arbeit“ und Mindestlöhnen. Deshalb wird die Hessen-SPD alle parlamentarischen Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Politikwechsels nutzen, um möglichst viele Themen unseres Wahlprogramms in die parlamentarische Arbeit des Landtags einzubringen und um entsprechende Mehrheiten zu kämpfen. Dazu wird sie mit allen Fraktionen sprechen.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse im hessischen Landtag darf aber auch das Ziel eine stabile Regierung für Hessen zu bilden, nicht aufgegeben werden. Die Bildung einer stabilen Regierung erfordert unter den gegebenen Umständen die ganze Solidarität innerhalb der Partei. Denn jede denkbare Konstellation in Hessen ist mit besonderen Herausforderungen verbunden. Dies macht es notwendig, dass den Mitgliedern und Gremien der Partei vor Eintritt in erneute Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen die Möglichkeit gegeben wird, sich am Prozess der Meinungsfindung entscheidend zu beteiligen. Das Projekt der Sozialen Moderne ist damit keinesfalls am Ende, auch wenn bezahlte Interessenvertreter außerhalb und innerhalb der SPD aktiv an einem Scheitern der Hessen-SPD gearbeitet haben. Diese Form der politischen Korruption ist für die Hessen-SPD Ansporn. Die Debatte hat erst begonnen. ■

↳ Thorsten Schäfer-Gümbel, ist SPD-Landtagsabgeordneter in Hessen.